

## **6 Fragestunde**

Bgm.<sup>in</sup> **Kahr:**

Wir kommen nun zur Fragestunde. Es ist nun 12.26 Uhr und ich darf bitten, Frau Gemeinderätin Aygan-Romaner, ihre Frage an Herrn Stadtrat Riegler zu stellen, der das heute in Vertretung für den Herrn Stadtrat Hohensinner macht.

***Beginn Fragestunde: 12.26 Uhr.***

### **6.1 Frage 1: Diskriminierung und Rassismus im Schulalltag (GR<sup>in</sup> DI<sup>in</sup> Aygan-Romaner, Grüne an StR Dr. Riegler, ÖVP in Vertretung für StR Hohensinner, MBA, ÖVP)**

GR<sup>in</sup> DI<sup>in</sup> **Aygan-Romaner:**

Sehr geehrte Stadtregierung, liebe Kolleg:innen, liebe Zuschauer:innen im Livestream. Ich fange heute einmal mit einem eher schweren Thema an, und darf in Dialog mit Herrn Stadtrat Riegler dazu treten. Ich habe vor kurzem den ZARA-Rassismus-Report gelesen und den Bericht des Instituts für Diskriminierungsfreie Bildung. Und in diesen beiden Berichten kommt heraus, dass Rassismus- und Diskriminierungserfahrungen im Bildungsbereich ganz massiv immer noch auftreten. Wer vor zwei Jahren, glaube ich, das Buch von Melisa Erkurt gelesen hat, würde sich denken: Um Gottes Willen, das gibt es im Bildungsbereich immer noch? Als ich dieses Buch gelesen habe, habe ich mir gedacht, no na no net. Ich kenne das eigentlich schon vor 40 Jahren und es hat sich immer noch nichts geändert. Und für diejenigen, die Diskriminierungs- und Rassismuserfahrungen in der Schule und im Bildungsbereich nie erfahren haben, vielleicht einmal ein paar Schmankerl, ein paar Zitate aus dem Schulalltag. Zum Beispiel, ein Kind schaukelt mit dem Stuhl, kommt ein Kommentar: „Macht ihr das so in Istanbul?“ Auch zu ersetzen: „Macht ihr das so in Afrika?“ „Macht ihr das so in China?“ Dann: „Mir ist heiß.“ „Das solltest du eigentlich aushalten als Südländerin.“

Oder: „Wie viele Kamele muss ich deinem Vater zahlen, dass du mit mir gehst?“ „Schade, dass es keine KZs mehr gibt.“ Habe ich selbst ganz oft gehört. „Wo ist dein Schwindelzettel? Ich glaube nicht, dass gerade du in Chemie so gut bist, einen Einser zu schreiben.“ Meine Chemielehrerin, die zwei Jahre neben mir gestanden ist und nicht geglaubt hat, dass ich in Chemie wirklich so gut war. Eine Mutter, die 20-mal zu meinem Mathematiklehrer gegangen ist und sich beschwert hat, dass ich die bessere Note als ihr Sohn hat. Oder, 20 Jahre später, eine junge Frau hat mir das berichtet, dass der Direktor der Schule gesagt hat, du kannst dich anstrengen so viel du willst, du wirst keinen Einser bekommen. Beschwerde dich nur. Wem wird der Landesschulrat glaube, dir oder mir, dem Direktor? Alles Fälle, die eigentlich sehr traurig sind, die leider Gottes immer noch vorkommen im Schulalltag, wie diese Reporte, die auch im Internet nachzulesen sind, beweisen und die Zahlen zeigen. Allerdings, das Kinder- und Jugendschutzgesetz und das Gleichbehandlungsgesetz regeln eindeutig, dass Diskriminierung und Ungleichbehandlung aufgrund äußerlicher Merkmale, ethnischer Zuschreibung, sexueller Orientierung, etc., gesetzeswidrig sind. Es gibt Stellen in Graz, es ist ja nicht so, dass eine keine Stellen in Graz gibt, wo man diese Erfahrungen melden kann im Schulalltag. Es gibt sogar mehrere Stellen, es gibt die Schulsozialarbeit, es gibt ja Vertrauenslehrer:innen, es gibt die Kinder- und Jugendanwaltschaft an erster Stelle, die Antidiskriminierungsstelle. Also Stellen gäbe es genug. Das Problem ist nur, dass rassistisches und diskriminierendes Verhalten zu melden und sich Unterstützung zu holen, bei vielen Kindern, Jugendlichen, jungen Erwachsenen und auch Eltern nicht ganz angekommen ist, wo man das machen kann, wie man das machen kann, an wen man sich wenden muss und in welcher Art und Weise man das durchführen kann. Also die Eltern, Kinder und Jugendliche wissen oft nicht Bescheid. Ich weiß es aus meinem eigenen Alltag, ich habe auch nicht gewusst, dass ich das überhaupt melden darf. Ich habe gedacht, ich muss das quasi durchmachen, ich muss da durch und mich einfach durchbeißen und einfach meine eigenen Ziele verfolgen. Aber wir als Stadt Graz müssten eigentlich darauf schauen, dass unsere Jugendlichen, Kinder und jungen Erwachsenen so gut wie möglich begleitet, geschützt und einfach unterstützt werden. Daher meine

**Frage**

stellvertretend für Herrn Hohensinner an Sie, Herr Riegler, sind Sie bereit, mit den zuständigen Stellen, wie beispielsweise der Bildungsdirektion oder den Schuldirektionen Gespräche zu führen, mit dem Ziel, an den Grazer Pflichtschulen ein gutes Informationsangebot zum Verbot von Diskriminierung und Rassismus sowie zu den dafür zur Verfügung stehenden Fachstellen und Unterstützungsangeboten zu sichern (*Appl.*)?

***Originaltext der Frage:***

***Zitate aus dem Schulalltag:***

*Macht ihr das so in Istanbul?*

*Das solltest du eigentlich aushalten, als Südländerin!*

*Wie viel Kamele muss ich deinem Vater zahlen?*

*Schade, dass es keine KZs mehr gibt?*

*Komisch, dass du weißt, wer Kafka ist?*

*Wo ist dein Schwindelzettel, ich glaube nicht, dass gerade du in Chemie so gut bist, um einen Einser zu schreiben?*

*Warum bekommt die da eine bessere Note als mein Sohn? Das ist nicht richtig so.*

*Du kannst dich anstrengen, wie du willst, du wirst kein Sehr-Gut zur Matura bekommen. Beschwer dich nur!*

*Wem wird der Schulrat glauben, dir oder mir, dem Direktor?*

*Im Kinder- und Jugendschutzgesetz und im Gleichbehandlungsgesetz ist eindeutig geregelt, dass Diskriminierung und Ungleichbehandlung aufgrund äußerlicher Merkmalen, ethnischer Zuschreibungen, sexueller Orientierung u.a. gesetzwidrig sind.*

*Der Rassismus-Bericht 2022 zeigt auf, dass ein Großteil der Diskriminierungs- und Rassismuserfahrungen in den Bildungseinrichtungen passiert (80 %). Für deren Erfassung und für die Unterstützung Betroffener stehen grundsätzlich mehrere Stellen zur Verfügung: die Schulsozialarbeit, die Vertrauenslehrer:innen, die Kinder- und Jugendanwaltschaft und die Antidiskriminierungsstelle. Stellen gäbe es also genug, um rassistisches und diskriminierendes Verhalten zu melden und sich Unterstützung zu holen. Allerdings wissen viele Kinder, Jugendliche und Eltern nicht darüber Bescheid, dass sie das Recht haben, sich zu wehren, wohin sie sich wenden können und dass sie keine Angst davor haben müssen, dass ihre Daten und Informationen nach einer Meldung missbräuchlich genutzt werden könnten.*

*Ein besseres Informationsangebot wäre also wichtig, um die Schulen zu diskriminierungsfreien Orten zu machen. Daher stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, folgende*

**Frage:**

*Sind Sie bereit, mit den zuständigen Stellen, wie beispielsweise der Bildungsdirektion oder den Schuldirektionen Gespräche zu führen, mit dem Ziel, an den Grazer Pflichtschulen ein gutes Informationsangebot zum Verbot von Diskriminierung und Rassismus sowie zu den dafür zur Verfügung stehenden Fachstellen und Unterstützungsangeboten zu sichern?*

**StR Dr. Riegler:**

Danke für die Nachfrage. Bei dieser Gelegenheit kann ich gleich dem zuhause sicher dem Livestream folgenden Kurt Hohensinner unsere allerbesten Genesungswünsche übermitteln, und darf darauf verweisen, dass jeder, der den Kurt kennt, weiß, dass es dem Kurt eines seiner höchsten Anliegen ist, dass wir in einem diskriminierungsfreien Ambiente miteinander leben. Der Kurt hat sich viele Jahre stets dafür eingesetzt,

sowohl in der Aufgabe, was die Bildungsaufgaben betrifft, er redet natürlich laufend mit der Bildungsdirektion, auch über dieses Thema, er hat sich aber auch in der vergangenen Periode in seiner Funktion damals als Integrationsreferent darum bemüht, da lässt er ausrichten, dass er jetzt ja nicht mehr ganz im Detail über alle Entwicklungen Bescheid weiß, weil ja der Kollege Krotzer zuständig ist. Er verweist beispielhaft auf Projekte, die der Kurt initiiert hat, die dann zum Beispiel sind „Perspektivenwechsel an Mittelschulen mit Schwerpunkt Antisemitismus“ von ARGE Jugend gegen Gewalt und Rassismus „Zusammenwachsen für die Grazer Volksschulen“ von der ARGE Jugend gegen Gewalt und Rassismus, dann das Projekt „Shalom – Salam – Grüß Gott“ von Verein Tacheles, dann ein weiteres Projekt Next und ATS vom Verein Helping Hands, und „Prevent it“ von IKEMBA. Das alles sind also Projekte, die vom Kurt Hohensinner auch mitinitiiert waren im Sinne eines gedeihlichen Miteinanders, eines diskriminierungsfreien und rassismusfreien Miteinanders. Ich schaue auch immer wieder auf unsere Gemeinderätin Claudia Unger, die ja in der Vergangenheit auch im Afro-Asiatischen Institut tätig war. Also ja, mit vollem Herzen, ja. Selbstverständlich werden wir als Fraktion und wird der Kurt sich dafür einsetzen (*Appl.*).

GR<sup>in</sup> DI<sup>in</sup> **Aygan-Romaner:**

Eine Zusatzfrage hätte. Zuerst würde ich anmerken, ich würde mich sehr freuen, die Maßnahmen der letzten 10 Jahre als Liste zu bekommen, was es hier überhaupt gegeben hat. Und meine Frage wäre, also es gibt Programme zu Antisemitismus und für einen gewaltfreien Bildungsalltag, das weiß ich, aber das ist eigentlich nicht wirklich gegen Rassismus und Diskriminierung, sondern nur ein Teilaspekt dessen, und eigentlich geht es bei Diskriminierung und Rassismus nicht immer um Integrationsthemen, sondern, das sind sehr oft Kinder und Jugendliche, die schon seit Jahrzehnten hier eigentlich hier integriert sind und trotzdem diese Erfahrungen haben. Ich würde gerne wissen, welche Maßnahmen quasi für Bevölkerungsgruppen da sind, die trotzdem, und wir wissen, dass es im Schulalltag immer noch vorkommt, dass Diskriminierung und Rassismus einfach da sind, und nicht nur in Richtung der

Schüler:innen, sondern auch in Richtung von Lehrern und Lehrerinnen, welche Maßnahmen in Zukunft geplant sind, würden Sie mir das zukommen lassen? Ich würde mich sehr darüber freuen (*Appl.*).

StR Dr. **Riegler**:

Sehr gerne, und ich werde das dem Kollegen Hohensinner auch noch einmal extra mitteilen, aber werden wir sehr gerne auf Sie zukommen.

## **6.2 Frage 2: Verkehrsfinanzierungsvertrag (KO GR Mag. Pascuttini, KFG an StR Eber, KPÖ)**

KO GR Mag. **Pascuttini**:

Hohe Stadtregierung, sehr geehrte Damen und Herren Gemeinderäte, lieber Herr Finanzstadtrat. Bei den letzten Finanzgemeinderatssitzungen, bei den Budgetgemeinderatssitzungen war ja immer wieder der Ausbau des öffentlichen Verkehrs auch Thema, damit verbunden natürlich auch die Holding Graz, wo wir schon in den vergangenen Monaten immer wieder aus den Medien erfahren mussten, dass hier schon in wenigen Jahren eine Schieflage droht, nämlich das Unterschreiten der nach dem URG vorgegebenen 8 % Eigenkapital, oder diese Eigenkapitalgrenze, dass die droht, unterschritten zu werden. Für uns stellt sich die Frage, auch im Hinblick auf die letzte Gemeinderatssitzung, wo ja der Ausbau des Straßenbahnnetzes beschlossen wurde, wie die Anschaffung von Straßenbahnen eben beschlossen wurde, ohne gleichzeitig diese Mittel auch zur Verfügung zu stellen, stellt sich für uns jetzt die Frage, ob denn in den nächsten Jahren wieder eine Verlustabdeckung bei der Holding erfolgen wird, so wie es in den vergangenen Jahren der Fall war, geregelt eben durch den Verkehrsfinanzierungsvertrag. Wie wir wissen, wurde der ja schon in den letzten Jahren ausgesetzt, wurde aber in Aussicht gestellt, dass hier die Zahlen

wiederaufgenommen werden, aber uns wurde auch in einem dieser Budgetgemeinderatssitzungen versprochen, dass es einen Verkehrsfinanzierungsvertrag neu geben wird. Wie ich mich erinnern konnte, und wie wir auch nachgeprüft haben, wurde hier der April als Verhandlungsstart in den Raum gestellt, weswegen ich meine

### **Frage**

an Sie, sehr geehrter Herr Finanzstadtrat, richte:

Wir haben jetzt Juni, im April haben die Verhandlungen gestartet. Wie laufen die Verhandlungen betreffend Verkehrsfinanzierungsvertrag neu (Appl.)?

#### **Originaltext der Frage:**

*Der stetige Ausbau des öffentlichen Verkehrs und der Erhalt der bereits bestehenden Infrastruktur zählt zu den größten Herausforderungen für eine erfolgreiche Zukunft unserer Stadt Graz. Die im Verkehrsbereich anfallenden Kosten zählen zugleich zu den größten aktuellen und zukünftigen finanziellen Belastungen der Stadt.*

*Viele Fragen sind im Bereich der Finanzierung des zukünftigen Ausbaus des öffentlichen Verkehrs in Graz noch offen. Unter anderem sind auch bereits im Gemeinderat beschlossene Projekte nicht durchfinanziert. An dieser Stelle sei an den Beschluss des Grazer Gemeinderats in der Sitzung vom 25.5.2023 erinnert, bei dem der Ankauf von Straßenbahn beschlossen wurde, jedoch noch nicht absehbar ist, ob und wann die Holding hierfür Mittel von der Stadt erhalten wird (eigenkapitalstärkende Maßnahmen in der Höhe von rund EUR 27 Mio.) oder ob dieser Ankauf der Straßenbahn zur Gänze über das Eigenkapital der Holding getragen und dieses dadurch weiter aufzehren wird.*

*Der Verkehrsfinanzierungsvertrag regelte ursprünglich den Ausgleich jener Verluste der Holding, die aufgrund des Betriebs des öffentlichen Verkehrs angefallen sind, durch Zahlungen der Stadt Graz.*

*Dieser Verkehrsfinanzierungsvertrag wurde jedoch in den letzten Jahren aufgrund der angespannten Budgetlage der Stadt Graz ausgesetzt. Jährlich hätten rund EUR 50 Mio. als Verlustausgleich an die Holding gezahlt werden sollen.*

*Im Zuge des letzten Budgetgemeinderates im März wurde für April 2023 der Beginn der Verhandlungen mit der Holding betreffend eines „Verkehrsfinanzierungsvertrages NEU“ angekündigt.*

*Aus diesem Grund ergeht an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachstehende*

**Anfrage:**

*Wie laufen die Verhandlungen betreffend „Verkehrsfinanzierungsvertrag NEU“?*

**StR Eber:**

Sehr geehrter Herr Gemeinderat, lieber Alexis. Die Verhandlungen, du hast es schon richtig in der Frage gesagt, betreffen der Verkehrsfinanzierungsvertrag neu, sind begonnen worden, wie das ja auch im Budgetgemeinderat im März 2023 angekündigt wurde. Konkret geht es im Moment um die Bearbeitung der ersten Arbeitspakete. Erstens, die Klärung von Rollen, Zuständigkeiten, Entscheidungsfindung für die fachliche Steuerung des Personennahverkehrs als notwendige Fundament für die Erarbeitung einer neuen Finanzierungsvereinbarung. Und zweitens, die Erarbeitung eines übereinstimmenden Verständnisses über die Kostenstruktur des bestehenden Verkehrsangebotes. Nach Einschätzung der Finanzdirektion sind die ersten Gespräche



sehr positiv und konstruktiv verlaufen und das bestätigt auch die Holding Graz. Auf dieser Basis werden nun die Eckpunkte einer zukünftigen Ausgestaltung der Verkehrsfinanzierung ableitbar sein. Die geplante Erarbeitung einer Neuregelung dieses Verkehrsfinanzungsvertrages bis Juli 2024, bis Sommer 2024 haben wir es ja immer angekündigt, erscheint aus heutiger Sicht jedenfalls realistisch (*Appl.*).

**KO GR Mag. Pascuttini:**

Dankeschön für Ihre Antwort. Sie haben jetzt die Zusatzfrage vorweggenommen, weil mich hätte interessiert, wann der Abschluss dieser Verhandlungen eben erfolgen wird. Jetzt werde ich die Gelegenheit nutzen und eine andere Frage stellen, die sich ja schon aus dem Motiventext dieser Frage eben aufdrängt. Bei der letzten Gemeinderatssitzung, wo eben dieser Kauf dieser Straßenbahnen beschlossen wurde, wurde ja dann auch gesagt, das soll die Holding gerade nicht durch ihr Eigenkapital alleine decken, sondern eben durch einen entsprechenden Zuschuss der Stadt bedeckt bekommen. Also für mich stellt sich die Frage, wann kann die Holding mit dieser eigenkapitalstärkenden Maßnahme in der Höhe von rund 27 Millionen Euro rechnen (*Appl.*)?

**StR Eber:**

Danke für die Nachfrage. Diese eigenkapitalstärkende Maßnahme wird auf alle Fälle noch heuer, ob vor oder unmittelbar nach dem Sommer, und in welcher genauen Höhe, kann ich aus heutiger Sicht noch nicht genau sagen, da laufen auch natürlich die entsprechenden Gespräche. Aber das wird entweder im Juli oder im September-Gemeinderat soweit sein (*Appl.*).

**6.3 Frage 3: Vergabe der GUF-Geschäftsführungsposten  
(GR Mag. Pointner, Neos an StR Eber, KPÖ)**

GR Mag. **Pointner**:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, werter Stadtsenat, werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörer:innen auf der Tribüne und im Livestream, Damen und Herren der Verwaltung. Bei meiner Frage geht es um die Vergabe der GUF-Geschäftsführungsposten. GUF ist die berühmte Grazer Unternehmensfinanzierungs GesmbH, besteht seit dem Jahr 2005. Die Funktion ist die, quasi einer internen Bank, die zur finanziellen Optimierung der Möglichkeiten des Hauses Graz dient. Das sind Instrumente wie Cash-Pooling und so weiter und so fort. Und die Geschäftsführung von diesem Unternehmen, die war in der Vergangenheit, seit 2005 eben, zumeist beim Finanzdirektor der Stadt Graz und beim Finanzvorstand der Holding Graz, manchmal sogar beim Vorstandsvorsitzenden der Holding beziehungsweise der GBG. Nun wurde das geändert, zurzeit sind Geschäftsführer, das ist im Firmenbuch einsehbar, der Geschäftsführer der Stromnetze Graz und ein leitender Mitarbeiter der Finanzdirektion in einer Stabsstelle der Finanzdirektion. Jetzt stellt sich die Frage, nachdem so eine Tradition gebrochen wurde, über die Sinnhaftigkeit von dieser Tradition lässt sich diskutieren, aber das möchte ich hier nicht tun, aber es wurde etwas umgestellt, und das bedient für mich die Frage nach den Kriterien, wie diese Geschäftsführer engagiert werden berufen werden. Und daher bitte meine

**Frage**

an den sehr geehrten Herrn Stadtrat Eber,  
nach welchen Regelungen, im Sinne von Kriterien und Richtlinien, werden die Stellen der Geschäftsführung in der Grazer Unternehmensfinanzierungs GmbH (GUF) vergeben?

**Originaltext der Frage:**

*Die Grazer Unternehmensfinanzierungs GmbH – kurz GUF – besteht seit dem Jahr 2005 und zählt seitdem zu einem der wichtigsten Instrumente der Grazer Finanzpolitik. Sie ist ein 100%-Tochterunternehmen der Holding Graz und ihre Tätigkeit umfasst im weitesten Sinne die Finanzierung der Stadt (Haus Graz).*

*Die Geschäftsführung dieser Grazer Unternehmensfinanzierungs GmbH oblag in der Vergangenheit zumeist den Finanzdirektoren der Stadt und der Holding Graz. Auch findet sich zeitweilig der Vorstandsvorsitzende der Holding beziehungsweise die GBG – als zwischenzeitliche Muttergesellschaft - als Verantwortliche auf den Papieren des städtischen Unternehmens. Aktuell sind laut öffentlich zugänglichen*

*Wirtschaftsportalen der Geschäftsführer der Stromnetze Graz Dr. Michael*

*Hierzenberger und der mit einer Stabstelle in der Finanzdirektion tätige ehemalige Finanzdirektor der Stadt Graz Mag. Stefan Tschikof als Geschäftsführer im Firmenbuch eingetragen. Beide verbindet, dass sie weder der Finanzdirektion der Stadt noch der Finanzabteilung der Holding aktuell vorstehen. Damit wurde eine Tradition beendet, die die Besetzung des Top-Managements der GUF mit ihrer direkten Verbindung zu den entscheidenden Funktionen in der Stadt und der Holding begründet hat.*

*Ohne Zweifel hat dies Auswirkungen auf die Zusammenarbeit von Stadt und Holding sowie auf die Qualität der Aufgabenerfüllung. Doch stellt sich auch die Frage, nach welchen Regelungen die Besetzung der GUF-Geschäftsführungsposten aktuell vorgenommen werden. Deshalb stelle ich gemäß §16a der Geschäftsordnung für den Grazer Gemeinderat die*

**Frage:**

*Sehr geehrter Herr Stadtrat,*

*nach welchen Regelungen werden die Stellen der Geschäftsführung in der Grazer Unternehmensfinanzierungs GmbH (GUF) vergeben?*

**StR Eber:**

Sehr geehrter Herr Gemeinderat, lieber Philipp Pointner. Die GUF, wie du eh schon alles und vieles richtig gesagt hast, ist eine 100-prozentige Tochter der Holding Graz und unterstützt natürlich im Rahmen der vom Gemeinderat beschlossenen und gültigen Finanzierungsstrategie die Stadt Graz und deren Beteiligungen im Haus Graz bei unterschiedlichsten Fragen der Finanzierung. Kernaufgaben der Gesellschaft sind die Einrichtung und der Betrieb von Cash-Pooling-Lösungen, die Koordination des Liquiditätsmanagements, die Entwicklung und die Umsetzung von Zinsrisikostراتيجien und die Konzeption von finanzstrategischen Modellen. Wichtig ist mir persönlich auch, dass die unternehmerische Tätigkeit der GUF sich konzentriert auf bestandssichernde und maßnahmen- und prinzipien- und keineswegs auf risikobehaftete Maßnahmen. Die GUF ist somit für das Haus Graz eine sehr wichtige Servicegesellschaft und er bringt keine Leistungen für Dritte, also für Außenstehende. Die Entsendung von Führungskräften in Geschäftsführungsfunktionen, die nicht als Vollzeitstellen ausgelegt sind, und dabei handelt es sich hier ja auch, erfolgt durch die Holding Graz unter Anwendung der gültigen, vom Gemeinderat und vom Aufsichtsrat beschlossenen Objektivierungsrichtlinien für den Holdingkonzern. Die beiden Geschäftsführer leiten wichtige Funktionen in der Finanzdirektion und im Finanzbereich der Holding Graz, daher wird trotz der Trennung der bisherigen Personalunion, so wie es angesprochen hast, eine bestmögliche Synergienutzung über die aktuelle Geschäftsführung und ihre hauptberuflichen Funktionen in Stadt beziehungsweise Holding aus Gründen der Informationsdichte und der nachvollziehbaren Transparenz gewährleistet. Insofern war es eine bewusste Entscheidung, diese Personalunionen aufzulösen. Zur Frage, nach der von Ihnen außer Zweifel stellenden, von Auswirkungen auf Qualität und Zusammenarbeit, ist festzuhalten, dass sich diese Entscheidungen im Sinne von Transparenz und Weiterentwicklung als richtig erwiesen hat. Dies erkennen Sie auch an den bereits im ersten Halbjahr 2023 gesetzten Maßnahmen zur Weiterentwicklung und Neuausrichtung der Grazer Unternehmensfinanzierungs GmbH. Danke (*Appl.*).

GR Mag. **Pointner**:

Dankeschön, also eine In-House-Besetzung quasi von einem Zusatzjob. Da habe ich noch die Zusatzfrage, die letzte Information aus der Kleinen Zeitung, die ich herausgefunden habe, von 2014, da war das war das Gehalt vom Geschäftsführer 1.000 Euro. Und da wäre meine Frage, wie hat sich das Gehaltsniveau von den Geschäftsführern der GUF seither entwickelt?

StR **Eber**:

Kann ich jetzt alles nicht ganz auswendig sagen, soweit ich weiß, zumindest was den Bereich jenes Geschäftsführers, der aus der Finanzdirektion kommt, wird diese Stelle bewertet mit rund 1.500 bis 2.000 Euro, wobei man dazusagen muss, dass diese in diesem konkreten Fall jetzt nicht extra abgegolten wird, sondern Teil des bestehenden Sondervertrags ist.

#### **6.4 Frage 4: Messung der Lärmemissionen des Ressourcenparks (GR Günter Wagner, FPÖ an Bgm.<sup>in</sup>-Stv.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Schwentner, Grüne)**

GR Günter **Wagner**:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, hoher Stadtsenat, liebe Kolleginnen und Kollegen. In meiner Frage geht es eben um den Ressourcenpark. Wir haben das ja alle medial entnommen, dass ab 1. Juli jetzt die Einschränkungen der Öffnungszeiten doch sehr groß sein werden. Es soll sonn- und feiertags zunehmend nicht mehr möglich sein für die Bevölkerung dort Abfall zu entsorgen, und die Begründung, die es dafür gibt, eben, dass ein erhöhtes Lärmaufkommen jetzt besteht, ist natürlich für viele Grazer, vor allem die, die nicht daneben wohnen, nicht ganz nachvollziehbar. Die Adresse hat sich jetzt nicht sonderlich verändert, so ehrlich muss man sein, aber es hat sich baulich natürlich

etwas getan, gar keine Frage, das heißt, das ist ja nicht auszuschließen. Aber wenn ich so eine große Veränderung der Öffnungszeiten angehe, und das Angebot so einschränke, muss ich unter Sorgfalt hier Sorge zu tragen, natürlich auch dementsprechend Messungen der Lärmemissionen durchführen, und deshalb zu meiner

**Frage:**

Zu welchem Ergebnis kam die Messung der Lärmemissionen für Anrainer durch den Ressourcenpark, sofern eine solche durchgeführt wurde?

**Originaltext der Frage:**

*Ab 1. Juli 2023 werden die Öffnungszeiten des Ressourcenparks Graz angepasst. Zukünftig wird dieser an Sonn- und Feiertagen für die Grazer Bevölkerung geschlossen bleiben. Eine derart signifikante Einschränkung des Angebots erfordert eine nachvollziehbare Begründung. Diese ist aus der Sicht vieler Grazer nicht gegeben, da sie den Schutz der Anrainer vor Lärmbelästigung für einen wenig glaubwürdigen Vorwand halten. Ein gewissenhaftes und professionelles Vorgehen würde aus unserer Sicht auf jeden Fall die Durchführung einer Messung der Lärmemissionen beinhalten. Sofern diese durchgeführt wurde, sollten die Ergebnisse im Sinne der Transparenz veröffentlicht werden.*

*Aus diesem Grund ergeht an Sie, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, nachstehende*

**Anfrage:**

*Zu welchem Ergebnis kam die Messung der Lärmemissionen für Anrainer durch den Ressourcenpark, sofern eine solche durchgeführt wurde?*

Bgm.<sup>in</sup>-Stv.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Schwentner:**

Danke für die Frage. Also vielleicht eines vorweg, diese Entscheidung ist sehr sorgfältig gefällt worden in mehreren Runden, Finanzstadtrat Kollege Eber war dabei, nach sozusagen Evaluierungen, Erfahrungsberichten und dazu kommt eben auch ein Gutachten, und dann sind wir nach mehreren Varianten, die uns vorgelegen sind, im Quartal-Abfall-Jour-Fixe gemeinsam mit der Holding zu dieser Entscheidung gekommen. Aber vielleicht eines vorweg, der Ressourcenpark neu hatte durch die Kapazitätserhöhung und die Flächenerweiterung das geschafft, was wir vorher nicht geschafft haben, nämlich nicht so viel Verkehr zu verursachen, nicht so viel Stau, nicht so viel Wartezeit und so weiter. Wir haben ja wirklich massiv, was jetzt das Containervolumen anbelangt von 189 Kubikmetern auf 794 Kubikmeter vergrößert und deswegen sozusagen Engpässe, die passiert sind, können seitdem vermieden werden. Und man ist zum Schluss gekommen, auch durch die zunehmenden Beschwerden, obwohl man bei dem Gebäude die Lärmschutzwand gelassen hat, also die früher war, natürlich, das Gebäude ist versetzt worden und es geht jetzt ein bisschen mehr zur Mur hin, aber man hat die Schutzwand gelassen, es ist aber zu zunehmenden Beschwerden gekommen, an den Feiertagen, am Sonntag. Es hat dann auch ein Gutachten gegeben, beauftragt durch das Umweltamt, die Ziviltechnikergesellschaft Dr. Pfeiler GesmbH. Dieses Gutachten hat ergeben, dass im Grunde die Lärmpegelbelastung unter der Höchstzulässigkeitsgrenze steht, aber die rechtliche Beurteilung, die war, dass wenn man das einbettet sozusagen entlang der Lärmschutzimmissionsschutzverordnung, die es gibt, also die Grazer Immissionsschutzverordnung, die im § 1 lärmerzeugende Arbeiten regelt, und da ist verordnet, dass an Sonn- und Feiertagen lärmerzeugende Arbeiten in Gärten, Höfen, Gebäuden und so weiter, die öffentlichen Zwecken dienen, also keine privaten Tätigkeiten, verboten sind. Das sozusagen abwägend, ist man in diesem Gutachten zu dem Entschluss gekommen und zu der Empfehlung, dass das der Immissionsschutzverordnung widerspricht und deswegen die Empfehlung, darauf Rücksicht zu nehmen, dass kein öffentliches Interesse besteht und dem auch Folge zu leisten, den Beschwerden. Trotzdem ist es sozusagen sehr lange, wie schon eingangs

erwähnt, hin und her überlegt worden, und wir haben im Grunde sozusagen darüber nachgedacht, dass es immer weniger Mitarbeiter:innen gibt, die auch sozusagen die Ressourcen gehabt haben oder am Sonntag arbeiten wollen, weil viele wollen am Sonntag bei ihrer Familie sein. Also es ist zu wirklichen Personalrecruitingschwierigkeiten gekommen, auch zu hohen Personalkosten durch den Sonntag, es waren die Lärmbeschwerden, auch im Naherholungsgebiet, es wurden zuerst einmal die alten Öffnungszeiten sozusagen übernommen. Man sieht aber, dass wir mit den Öffnungszeiten, die sozusagen außer Sonntag bestehen, gut auskommen, und man ist deswegen zu dem Entschluss gekommen, aufgrund sozusagen des Schutzes und der Anwohner:innen, der Mitarbeiter:innen, das war ein großer Wunsch aus dem Holding-Mitarbeiter:innenstab, der irgendwie etwas zu verändern. Und wir wollten gerne, also ich kann hier, glaube ich, gemeinsam mit Kollege Eber das beantworten, gerne diesem Wunsch nachkommen, dass es eine Sonntagsruhe gibt für alle, für die Nachbar:innen, die Mitarbeiter:innen aber auch die Kund:innen, und deswegen ist man zum Entscheid gekommen, zwar am Samstag länger offen zu lassen, nämlich bis 20.00 Uhr, vor allem in den Monaten wo viel Frequenz passiert, aber am Sonntag zuzusperren. Und vielleicht eines noch, es war das Ressourcenzentrum Graz österreichweit das einzige, das am Sonntag offen hatte und auch vergleichbar mit deutschen Städten, die ähnlich groß sind. Und deswegen, glaube ich, dass wir sehr gut hinter dieser Entscheidung stehen können (*Appl.*).

GR Günter **Wagner**:

Herzlichen Dank für die ausführliche Beantwortung dieser Frage. Es drängen sich natürlich ein paar Anmerkungen auf, dass der Herr Finanzstadtrat dann dabei ist, wenn das diskutiert wird, und die hohen Personalkosten dann zur Sprache kommen, legen natürlich schon irgendwo nahe, dass es da natürlich auch andersartige Interessen gibt. Es freut mich, dass das aus dem Wunsch der Mitarbeiter natürlich entgeht. Ich hoffe, dass wirklich alle mitgenommen wurden, weil vor allem in Zeiten der Teuerung bin ich schon gespannt, ob hier wirklich jeder Mitarbeiter auch mit dem Verdienstentgang so



einverstanden ist. Es mag nicht jeder Sonntag arbeiten, aber manche machen das sehr wohl freiwillig, und verdienen natürlich dementsprechend in dieser Zeit mehr und vielleicht brauchen die ja momentan das Geld. Was die Messungen und die Immissionen angeht, also ich merke jetzt an, die Maximalwerte sind eben nicht überschritten worden. Ich hoffe, dass bei der Auwiese, wo man ja anscheinend auch Messungen macht, bevor man hier etwas zusperrt, nicht gleich zur Extremvariante greift, und wenn die Maximalwerte nicht erreicht werden, dann vielleicht auch ähnlich reagiert und trotzdem sagt, hier werden wir sicherheitshalber auch dort die Grillplätze zusperren. Schauen wir einmal, wie das dann wird. Aber ich kann jetzt einmal als Zusatzfrage festhalten, Sie werden sich nicht dafür einsetzen, dass bauliche Maßnahmen oder andere getroffen werden und die Öffnungszeiten vielleicht doch an Sonn- und Feiertagen zu ermöglichen. Ist das richtig?

Bgm.<sup>in</sup>-Stv.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Schwentner:**

Also vielleicht eines, der Herr Kollege Eber ist in jedem Abfall-Quartal-Jour-Fixe dabei, nämlich vierteljährlich, wie es der Name schon sagt, und wir haben dort mehrfach abgewogen mit verschiedensten Varianten eine Entscheidungsfindung getroffen. Ich kann dem sehr viel abgewinnen, ich weiß auch die Rückmeldung von der Holding, dass die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen sehr zufrieden waren über diese Entscheidung und sich sehr freuen darüber, dass es das jetzt nicht mehr gibt, dass man sich überlegen muss, muss man am Sonntag arbeiten oder nicht, also wirklich zur Zufriedenheit, soweit ich gehört habe, aller. Was den Lärm anbelangt, es gibt auch Lärmbelästigungen, die nicht unbedingt gerade sozusagen die Höchstgrenzen erreichen, und das ist eine Belästigung, da kommt aber dazu, das Immissionsschutzgesetz, wie gesagt, und das Gutachten hat sozusagen die Empfehlung ausgesprochen der Stadt gegenüber, wenn man der Verordnung Folge leistet und Folge leisten soll, dass man das eben nicht am Sonntag öffnet, und wie gesagt, es gibt eine Lärmschutzwand, das Zentrum ist einfach viel größer als vorher, deswegen

entsteht anderer oder mehr Lärm mitunter, aber ich glaube, das ist eine sehr gute Entscheidung, deswegen wüsste ich nicht, warum wir von der abrücken sollten (*Appl.*).

**6.5 Frage 5: Pilotprojekt Anrainerparkplätze  
(GR Ing. Lohr, parteilos an Bgm.<sup>in</sup>-Stv.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Schwentner, Grüne)**

GR Ing. **Lohr**:

Hoher Gemeinderat, sehr geehrte Frau Vizebürgermeister. Zu den vielen Baustellen in Graz kommt nun auch die Sanierung des Straßenbelags in der Heinrichstraße dazu. Im Zuge dieser Baustelle sollen zusätzlich ein Radfahrstreifen und breitere Gehsteige errichtet werden. Anrainer und Geschäftstreibende beklagen den Verlust von Parkplätzen und Ladezonen in ihrem Nahbereich. Zur Beruhigung der Betroffenen werden seitens der Stadtkoalition immer wieder Anrainerparkplätze ins Spiel gebracht. Angekündigt wurden diese schon seit langem. Jetzt kommt die Überraschung eben, ich habe den Text eingereicht, um diese Woche ist etwas passiert, es gab die straßenpolizeiliche Verhandlung. Es gab auch einen Medienbericht dazu, und das bietet uns jetzt die Gelegenheit auch das noch einmal detailliert anzuschauen. Ich stelle daher an Sie, Frau Vizebürgermeister, die

**Frage:**

Was sieht das Pilotprojekt Anrainerparkplätze in der Heinrichstraße konkret vor?

***Originaltext der Frage:***

*Zu den vielen Baustellen in Graz kommt nun die Sanierung des Straßenbelags in der Heinrichstraße dazu. Im Zuge dieser Baustelle sollen zusätzlich ein Radfahrstreifen und breitere Gehsteige errichtet werden. Anrainer und Geschäftstreibende beklagen den*

*Verlust von Parkplätzen und Ladezonen in ihrem Nahbereich. Zur Beruhigung der Betroffenen werden seitens der Stadtkoalition immer wieder Anrainerparkplätze ins Spiel gebracht. Angekündigt wurden diese schon seit langem.*

*Es ergeht daher an Sie, sehr geehrte Frau Vizebürgermeister, nachstehende*

**Anfrage:**

*Was sieht das Pilotprojekt Anrainerparkplätze in der Heinrichstraße konkret vor?*

Bgm.<sup>in</sup>-Stv.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Schwentner:**

Mitunter braucht gut Ding Weile. Das ist ein durchaus komplexes Thema, wo mehrere Beteiligte sind, um zu einer Entscheidung kommen zu können. Wir haben ein Vorbild gehabt, Wien. Da gibt es das schon, vor allem in den Innenstadtbezirken und wir haben uns das dann dankenswerterweise gemeinsam mit dem Straßenamt und der Verkehrsabteilung angeschaut, und sind zur Entscheidung gekommen, dass es möglich wäre, in einem bestimmten Rayon, nämlich in diesem Univiertel Heinrichstraße, Geidorfgürtel, Elisabethstraße, Glacisstraße, in diesem Abschnitt 25 % der Parkplätze in Anwohner:innenparkplätze umzuwandeln. Warum 25 %? Das besagt ein Verfassungsgerichtshofsurteil, dass der Spielraum nicht mehr ist, um die Parkplätze sozusagen beschränken auf Anrainer:innen. Das war ein langer Prozess, nämlich zu schauen, wie ist das möglich, natürlich im Zusammenhang mit dem Bezirk war auch sozusagen ein Bezirksratsbeschluss von Geidorf, sich das Anrainer:innenparken anzuschauen und eine Lösung zu finden, einhergehend mit den Neuregelungen in der Zinzendorfgasse, der Begegnungszone, aber auch, wie Sie schon gesagt haben, mit der Radführung in der Heinrichstraße. Ich möchte nur dazusagen, dass die Baustelle in der Heinrichstraße keine der Stadt ist, sondern des Landes, wir haben Landesstraßen in der Stadt und nicht alle Baustellen sind im Verantwortungsbereich der Stadt oder der zuständigen Stadträtin. Aber wir haben jetzt eine Lösung gefunden, es ist nämlich wirklich umfassend analysiert worden, der ganze Parkraum, die Auslastung, die

Verteilung, es ist wurde berücksichtigt, die Situation von Geschäftstreibenden, Arztpraxen, deswegen dauert sowas lange, man kündigt es zwar an, aber dann dauert es ein bisschen, bis es umgesetzt wird. Wir haben Auslastungserhebungen durchgeführt, man hat geschaut, die GPS war hier sehr, sehr intensiv unterwegs, oft schon ab 4.00 Uhr in der Früh, um zu schauen, wie das Parkverhalten dort ist, wie die Auslastung ist und die Nutzung der bestehenden Parkplätze. Und auf all das ist eingegangen worden, und es haben auch folgende Straßenzüge, wo das angeordnet wird, nämlich die Attemsgasse, die Brandhofgasse, die Brunnengasse, der Geidorfgürtel, die Goethestraße, Harrachgasse, die Hugo-Wolf-Gasse, die Leechgasse, die Schubertstraße, die Strassoldogasse, die Villefortgasse und insgesamt sind es knapp 100 Parkplätze, die dadurch für Anrainer:innen reserviert sind. Das ist ungefähr ein Viertel aller Stellplätze, die es in dem Bereich zu Verfügung gibt. Es ist ziemlich unkompliziert oder es ist einfach ganz unkompliziert, weil die Ausnahmeregelung, die jetzt schon für Anwohner:innen gilt, also das berühmte Pickerl, das man hat, gilt dann einfach für diese Parkplätze reserviert, aber natürlich können die Bewohner:innen auch in allen anderen Blauen-Zonen-Parkplätzen stehen bleiben.

GR Ing. **Lohr**:

Danke, Frau Vizebürgermeister, für die Beantwortung. Das Erfreuliche ist einmal, dass die Bürokratie scheinbar geringgehalten wird, dass für die Anrainer der Aufwand eben gering ist. Informationen, würde ich dann noch bitten, dass das rechtzeitig auch an die Betroffenen auch so verteilt wird. Was das allerdings nicht löst, und wir haben ja mehrere Probleme in diesem Viertel, im Univiertel, die Parkplätze in der Zinzendorfgasse verschwinden ja trotzdem, da werden die Anrainer dann keine Möglichkeit mehr haben zu parken, also der Unmut wird sicher deswegen noch nicht sich beruhigen oder ganz verschwinden. Aber ich frage weiter, planen Sie für andere Stadtgebiete auch Anrainerparkplätze, und wenn ja, wo?

Bgm.<sup>in</sup>-Stv.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Schwentner:**

Vielleicht einmal zu dem, dass die Information ankommt, also ich glaube, es ist ganz gut angekommen. Wir haben das von Anfang an sehr breit kommuniziert, es ist ja auch bei Ihnen angekommen über die Medien, das ist schön, Sie wohnen nicht einmal in dem Gebiet. Und noch dazu wird es so sein, dass dort, wo die Ausnahmegenehmigungen sind, Tafeln aufgestellt werden, und dort ist ja geregelt sozusagen, das ist dann beschriftet mit, jetzt weiß ich nicht genau, was dann oben steht, auf jeden Fall sozusagen, dass das reserviert ist für Anrainer:innen. Das wird sozusagen in einer entsprechenden Form auch erkennbar sein über Tafeln. Und ja, wir haben auch von Anfang an gesagt, das ist ein Pilotprojekt, sollte sich das als erfolgreich erweisen, dann werden wir prüfen, ob das in anderen Gebieten auch möglich ist, und das denken wir an (*Appl.*).

**6.6 Frage 6: Ergebnisse der Studie „Chance für jedes Kind“  
(KO GR<sup>in</sup> Dipl.-Museol.<sup>in</sup> (FH) Braunersreuther, KPÖ an StR Dr. Riegler, ÖVP  
in Vertretung für StR Hohensinner, MBA, ÖVP)**

KO GR<sup>in</sup> Dipl.-Museol.<sup>in</sup> (FH) **Braunersreuther:**

Sehr geehrte Kolleg:innen, sehr geehrte Zuhörer:innen auf der Galerie und zuhause und sehr geehrter Herr Stadtrat. Ich stelle eine Frage, die eben eigentlich an den Herrn Stadtrat Hohensinner ergehen sollte, ich nehme an, er hat Ihnen eine Auskunft mitgegeben. Im Juli 2020 wurde die Studie „Chance für jedes Kind“ präsentiert. Forschung in diesem Bereich ist wirklich nötig und daher gutzuheißen. Denn hohe, möglichst gleichwertige Bildungschancen sind maßgeblich für eine rege Teilnahme an der Gesellschaft. Ein stark segregiertes Schulsystem, wie wir es in Österreich ja leider nach wie vor haben, macht das jedoch schwierig, das war auch ein Ergebnis dieser Studie. Und um diese Forschung zu fördern, hat natürlich der Stadtsenat, in zwei Tranchen war das damals, jeweils fast 15.000 Euro, also insgesamt fast 30.000 Euro für diese Studie gerne zugestimmt. Bei dieser Studie wurden Good Practice Beispiele aus

verschiedenen Ländern vorgestellt, welche die Integration in Volksschulen fördern sollen. Unter den damals genannten Beispielen fanden sich etwa die Gründung von sogenannten „Magnet Schools“ nach dem Vorbild Stamford (USA) – also Schulen mit bestimmter Schwerpunktsetzung oder mit einem besonderen pädagogischen Konzept – oder auch die Förderung von Elterninitiativen nach dem Vorbild Amsterdam, wo sich Eltern mit hohem Bildungshintergrund zusammenschließen, um ihre Kinder gemeinsam in die nächstgelegene Schule zu schicken, um diese besser zu durchmischen.

Im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs stelle ich daher folgende

**Frage:**

Welche konkreten Maßnahmen für Graz haben sich aus der Projektstudie „Chance für jedes Kind“ ergeben, die auch umgesetzt wurden beziehungsweise sich in Umsetzung befinden (Appl.)?

**Originaltext der Frage:**

*Sie haben im Juli 2020 die Studie „Chance für jedes Kind“ präsentiert. Forschung in diesem Bereich ist wirklich nötig und daher gutzuheißen. Denn hohe, möglichst gleichwertige Bildungschancen sind maßgeblich für eine rege Teilnahme an der Gesellschaft. Ein stark segregiertes Schulsystem macht das jedoch schwierig. Dabei wurden Good Practice Beispiele aus verschiedenen Ländern vorgestellt, welche die Integration in Volksschulen fördern sollen. Unter den damals genannten Beispielen fanden sich etwa die Gründung von sogenannten „Magnet Schools“ nach dem Vorbild Stamford (USA) – also Schulen mit bestimmter Schwerpunktsetzung oder mit einem besonderen pädagogischen Konzept – oder auch die Förderung von Elterninitiativen nach dem Vorbild Amsterdam wo sich Eltern mit hohem Bildungshintergrund zusammenschließen um ihre Kinder gemeinsam in die nächstgelegene Schule zu schicken, um diese besser zu durchmischen.*

*Im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs stelle ich daher folgende*

**Frage:**

*Welche konkreten Maßnahmen für Graz haben sich aus der Projektstudie „Chance für jedes Kind“ ergeben, die auch umgesetzt wurden beziehungsweise sich in Umsetzung befinden?*

**StR Dr. Riegler:**

Sehr geehrte Frau Klubobfrau, tatsächlich hat mich der Kollege Hohensinner auch in dieser Angelegenheit gebrieft, und hat mich eingangs gebeten zunächst einmal auf die hohen Verdienste des ABI, der Abteilung für Bildung und Integration und deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hinzuweisen. Stellvertretend für diese sehe ich ja hier den DI Günter Fürntratt unter uns und darf auf diesem Wege, also ganz herzlich danken und gratulieren für die Dienste und Leistungen, die das ABI erbringt. In Beantwortung Ihrer Frage hat der Herr Kollege Hohensinner mir etliche Beispielsprojekte genannt, die er eben für einschlägig empfindet. Als erstes möchte er hier auf unsere Bildungsstrategie zunächst einmal hinweisen, die ja im Herbst 2020 beschlossen worden ist, und wo natürlich auch einzelne Überlegungen dieser Studie, die Sie zitiert haben, eingeflossen sind. Konkret handelt es sich hierbei zum Beispiel um das Konzept von Schwerpunktsetzungen in der Mittelschule mit einer angeschlossenen PTS-Klasse. Ziel ist, möglichst viele Kinder dafür zu gewinnen, seit Beschluss der Bildungsstrategie im Herbst gibt es bereits einige Standorte, die sich damit beschäftigen. Erwähnen möchte Kollege Hohensinner auch die Mittelschule Albert Schweitzer, in der es den Schwerpunkt Pflege gibt, weiters die Mittelschule Viktor Kaplan, die den Schwerpunkt Green Jobs gewählt hat, und die mit Herbst 2023 fertiggestellt werden wird. Ferner im Gemeinderat beschlossen haben wir den Neubau der Neuen Mittelschule Smart City, auch diese Schule soll einen Schwerpunkt haben,

nämlich geplant ist Digitalisierung. Schließlich darf ich noch auf die Mittelschule Puntigam verweisen, hier fehlt uns ja leider noch der Beschluss, den wir gerne im Juli-Gemeinderat einbringen würden. Hier wird es ebenfalls einen Schwerpunkt geben, nämlich Gesundheit, Ernährung und Tourismus. Und weiters gibt es im Volksschulbereich die Idee der Elterninitiativen umzusetzen, hier gibt es mit dem Standort Leopoldinum eine enge Kooperation mit der AVL, und zusätzlich ist die Schule gerade dabei das International Baccalaureate anzubieten. Insgesamt sieht man also, dass sehr viel getan wird, um Chancengleichheit herzustellen. Kollege Hohensinner setzt sich dafür seit vielen Jahren ein, damit eben Bildung nicht bloß vererblich ist, sondern eben auch es Chancen gibt sozusagen durch die Bildungsschichten hindurch sich positiv zu entwickeln (*Appl.*).

KO GR<sup>in</sup> Dipl.-Museol.<sup>in</sup> (FH) **Braunersreuther:**

Vielen Dank. Dem Dank an das ABI kann ich mich, oder können, glaube ich, wir uns alle nur anschließen, dass hier sehr hervorragende Arbeit geleistet wird, glaube ich, das zieht niemand in den Zweifel. Die Antwort von Ihnen war jetzt, ich stelle jetzt keine Zusatzfrage dazu, ich möchte nur anmerken, ich habe eigentlich gefragt nach bereits umgesetzten oder in Umsetzung befindlichen Projekten. Die meisten, die Sie mir jetzt genannt haben, waren eigentlich Zukunftsprojekte, die umgesetzt werden sollen irgendwann. Also ich schließe daraus, so viel ist noch nicht umgesetzt. Was ich Sie aber fragen möchte, vielleicht haben Sie damals als diese Studie in Auftrag gegeben wurde, Sie waren ja damals Finanzstadtrat, mit dem Kollegen Hohensinner gesprochen, was nicht nur uns, sondern vor allen Dingen Bildungsforscher:innen verwundert hat, die sich jetzt auf diese Studie beziehen werden, diese Studie ist beauftragt worden beziehungsweise die Uni ist gefördert worden, das Institut für Rechts- und Politikwissenschaften, was ja eher unüblich ist, weil Graz hat ja zwei universitäre pädagogische bildungswissenschaftliche Institute, eines davon wirklich das Institut für Bildungsforschung, das eigentlich prädestiniert wäre so eine Studie zu machen, und zwei Pädagogische Hochschulen und keines dieser insgesamt vier Institute war in



dieser Studie miteinbezogen und übt jetzt im Nachhinein Kritik daran, dass sie a, nicht einbezogen waren, und b, dass die Ergebnisse dieser Studie sich vielfach decken mit dem was eigentlich ohnehin im jährlichen Bildungsbericht der Bundesregierung nachzulesen ist. Also, dass diese Studie eigentlich sehr viel, man sagt umgangssprachlich, leere Meter gemacht hat, aber für einen Haufen Geld, 30.000 Euro von der Stadt Graz sind ja nicht gerade wenig, und es haben ja auch andere beigetragen. Deswegen diese Frage, wie kam es, können Sie das sagen, oder vielleicht für mich in Auskunft bringen, wie kam es dazu, dass mit dieser Studie das Institut für Rechts- und Politikwissenschaften beauftragt wurde, und nicht eines der Bildungsforschungsinstitute (*Appl.*)?

**StR Dr. Riegler:**

Sie werden verstehen, dass bei einem Gesamtbudgetvolumen von ungefähr 1,4 Milliarden Euro über die gesamte Stadt, ich jetzt natürlich nicht in jede einzelne Budgetvollzugsentscheidung aktiv eingebunden war. Aber ich gehe davon aus, dass der Kollege Hohensinner, der das ja auch wahrscheinlich jetzt im Livestream zuhause verfolgt, Ihnen sicher auf diesen Weg die Antwort geben kann. An sich weiß ich vom Kollegen Hohensinner, dass er immer im engsten Austausch, übrigens auch ich in meiner Funktion als Wissenschaftsreferent, mit den beiden Pädagogischen Hochschulen ist, also warum es jetzt hier im konkreten Fall nicht zu einer Beauftragung dieser Institute gekommen ist, kann ich jetzt nur suchend Richtung DI Fürntratt bitten und in Aussicht stellen, dass wir das in Kürze beantworten werden (*Appl.*).

**6.7 Frage 7: Fußgänger:innensicherheit  
(GR<sup>in</sup> Dr.<sup>in</sup> Unger, ÖVP an Bgm.<sup>in</sup>-Stv.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Schwentner, Grüne)**

GR<sup>in</sup> Dr.<sup>in</sup> Unger:

Liebe Frau Vizebürgermeisterin, sehr geehrte Damen und Herren. Ich darf mich an dich heute mit einer Frage zum Thema Fußgänger:innensicherheit wenden, das ist ein Thema, das sehr, sehr oft auch schon in den letzten Monaten und Jahren gefallen ist. Im Zusammenhang mit der deiner Verantwortung als Verkehrsreferentin hast du auch immer betont, dass die Mobilitätspyramide künftig oder im laufenden Prozess Fußgänger und Radfahrer an die Spitze derselben stellen wird. Damit ist natürlich verbunden, die Erwartungshaltung, dass gerade für Fußgänger und Fußgängerinnen in besonderer Weise Sorge getragen wird, damit eben wenig, kurz, sicher und mit dem entsprechenden Komfort erledigt werden können. Jetzt gibt es natürlich verschiedene Herausforderungen, das kennen wir seit vielen Jahren, damit sind auch viele Forderungen nach sicheren Gehwegen, Beleuchtung und so weiter verbunden, stellt sich natürlich auch jetzt eine besondere Herausforderung im Zusammenhang mit den Baustellen. Grundsätzlich lässt sich deswegen im Moment, oder laufend feststellen, dass diese Erwartungshaltung, dass die Fußgänger:innen dementsprechend priorisiert werden, teilweise hinter dem Rad zurückbleibt, nämlich im Zusammenspiel mit den anderen Verkehrsteilnehmern und -teilnehmerinnen, was sowohl den motorisierten Verkehr, aber eben auch den Radverkehr betrifft. Es ist schon oft benannt worden, das Thema ist die sogenannte Begegnung, die in den Fußgängerzonen mit Radfahrer:innen mit überhöhter Geschwindigkeit immer wieder stattfindet und eben E-betriebenen Fahrzeugen verschiedenster Art und Weise, und das zweite ist, dass wir immer wieder, und das in häufender Zahl, Beschwerden darüber haben, dass zunehmend auch Radfahrer:innen auf den Gehsteigen unterwegs sind. Das ist tatsächlich etwas, was Leute gefährdet, vor allem eigentlich vulnerable Gruppen, also Kinder, gehbehinderte Menschen, andere Menschen mit besonderen Bedürfnissen und vor allem auch ältere Menschen. Das trägt einerseits dazu bei, dass es immer wieder zu Konfliktsituationen kommt, wo Menschen auch tatsächlich in Mitleidenschaft gezogen werden und daraus

irgendwie mit Pressuren hervorgehen und auf der anderen Seite ein subjektives Sicherheitsgefühl für manche Leute eben im Schwinden begriffen ist. Es gibt seit 2022 eine Fußgängerbeauftragte, die Frau DI<sup>in</sup> Platzer, die ja bereits einen Bericht im Ausschuss vorgelegt hat, ich möchte trotzdem, und ich gehe davon aus, dass auch sie sich dieser Thematik bewusst ist und hier einiges macht, deswegen möchte ich an dich folgende

**Frage**

stellen:

Welche Maßnahmen wurden von dieser Fußgänger:innenbeauftragten Frau Platzer zur Unterbindung der Benützung von Fußgänger:innenzonen durch Radfahrende mit überhöhter Geschwindigkeit, wie in der Schmiedgasse und dem Franziskanerviertel oder auch auf der Augartenbrücke, sowie zur Unterbindung des vorschriftswidrigen Benützens von Gehsteigen und Gehwegen durch Radfahrende und für die Erreichung, die Fußgänger:innen an die Spitze der Sicherheitsüberlegungen zu stellen bereits erfolgreich umgesetzt (*Appl.*)?

***Originaltext der Frage:***

*Aus gegebenen Anlässen darf ich an Sie, sehr geehrte Frau Verkehrsstadträtin, folgende*

***Frage***

*richten:*

*Welche Maßnahmen wurden von der im Jahr 2022 eingesetzten Fußgänger:innenbeauftragten zur Unterbindung der Benützung von Fußgänger:innenzonen durch Radfahrende mit überhöhter Geschwindigkeit,*

*beispielsweise in der Schmiedgasse und dem Franziskanerviertel bisher bereits erfolgreich umgesetzt?*

Bgm.<sup>in</sup>-Stv.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Schwentner:**

Danke für die Frage, für dieses sehr, sehr wichtige Thema. Du hast es richtig gesagt, es ist mir sehr wichtig. Und ich möchte auch darauf hinweisen, dass überall dort, wo jetzt Infrastruktur verbessert wird, also Radwege, auch im Zusammenhang mit der Radoffensive, wir auch immer schauen, dass die Gehwege verbessert werden, also, dass das Zufußgehen und das Radfahren gefördert werden, also die aktive Mobilität und damit auch die Sicherheit. Also wir haben in diesen letzten eineinhalb Jahren auch sehr viele Gehsteige und Gehwege neugemacht und gebaut, um eben genau das zu gewährleisten, dass sehr, was an Infrastruktur nachzuholen ist, auch nachgeholt wird. Es war ein sehr, sehr langer Wunsch und auch eine Forderung meiner Fraktion, dass wir eine Fußgänger:innenbeauftragte haben, weil wir in der Stadt sehr viel nachzuholen haben und sehr viele Defizite auszubessern. Und man wüsste jetzt gar nicht genau, wo man beginnt oder wo die Frau Platzer beginnen sollte, wenn sie nicht gleichzeitig und von Anfang an am Masterplan Gehen arbeiten würde, sozusagen einer strategischen Vorgehensweise, nämlich um einmal zu eruieren, wo die Schwachstellen im System sind, wo Gehsteige zu eng sind, wo es mitunter gar keine Gehsteige gibt, wo die Unfallstelle und das Gefahrenpotenzial besonders hoch sind, und wie müssen wir hier sozusagen, wenn wir systematisch vorgehen, schauen, was wir zuerst machen. Weil wir haben enden wollende Ressourcen, wie wir alle wissen, nicht nur personell, sondern auch finanziell, und deswegen müssen wir Prioritäten setzen. Das macht die Renate Platzer ziemlich genau und sozusagen systematisch, es hat auch drei Workshops gegeben jetzt im Zusammenhang mit dem Masterplan Gehen, da waren Bezirksvertreter:innen eingeladen, aber auch Mitglieder des Verkehrsausschusses, wo wir genau diese Schwachstellen und Punkte evaluiert und angeschaut haben, genau aus dem soll dann der Masterplan Gehen entstehen, und aus dem dann sozusagen Ziele und Prioritäten gesetzt werden, weil, wie gesagt, es gibt sehr, sehr viele Orte, wo

man ansetzen müsste, und wo wir dringend Maßnahmen und vielleicht sogar dringender Maßnahmen setzen müssten, als in der Schmiedgasse und am Franziskanerplatz. Ich möchte eines vorwegnehmen, zu schnell fahren, ignorant fahren mit dem Rad, das entspricht nicht der StVO und den Regeln, auch nicht am Gehsteig fahren, das heißt, alle haben sich an die Regeln zu halten, die Radfahrer:innen, wie die Autofahrer:innen, wie die Fußgänger:innen auch der öffentliche Verkehr, die Straßenbahnen, die Busse, so auch die Radfahrer:innen, und deswegen kann man die nicht miteinander ausspielen, sondern alle sollten sich an die Regeln halten. Wie gesagt, wir schauen gerade, wo eben besonders neuralgische Punkte und Stellen sind. Was die von dir angesprochene Schmiedgasse anbelangt, so ist es in der letzten Zeit hier eigentlich zu überhaupt keinen Unfällen gekommen, oft kommt es zwar zu Engstellen, vielen fahren, wie gesagt, sträflicherweise zu schnell, das wird auch jetzt wieder gemessen gemeinsam mit dem Kuratorium für Verkehrssicherheit, hängt ja dort auf Höhe der Polizei eine große Tafel, damit den Radfahrer:innen auch sozusagen bewusst wird, dass sie zu schnell unterwegs sind, dort ist nur Schritttempo erlaubt. Das sollte man machen in Rücksichtnahme auf alle, die dort unterwegs sind. Aber dort ist ein Unfall passiert, und das zwischen einem Auto und einer Fußgängerin, das heißt, also PKW und Fußgänger in der Schmiedgasse, und ist sozusagen Teil des Masterplans, aber jetzt nicht unmittelbar, beziehungsweise unmittelbar insofern, als dass wir ja jetzt die Innenstadtentlastungsstrecke haben und damit einhergehend Joanneumradringweg neu machen, und damit ermöglichen wollen, dass man direkt vom Jakominiplatz durch den Joanneumring in die Raubergasse einbiegt und sozusagen diese neuralgische Strecke Schmiedgasse vermeidet, nur die, die wirklich ein Ziel, wie jetzt wir, die in Rathaus fahren vielleicht, haben, sollte hier im Schritttempo durchfahren, aber alle anderen, die schneller unterwegs sind, können dann bequem und sicher und schneller ausweichen, wenn man das baut (*Appl.*).

GR<sup>in</sup> Dr.<sup>in</sup> **Unger**:

Danke vielmals für die ausführliche Antwort. Ich glaube, es ist ja auch im Sinne der Fußgänger:innenbeauftragten, wenn möglichst gut auch an die Bevölkerung herangetragen wird, was tatsächlich passiert, das würde eine Akzeptanz erhöhen und tatsächlich, glaube ich, berichtigte Fragen auch entsprechend beantworten. Meine Zusatzfrage richtet sich trotzdem noch einmal auf das Zusammenspiel mit den Radfahrern und Radfahrerinnen, natürlich stimmt das, dass es nicht rechtens ist zu schnell oder am Gehsteig zu fahren. Feststeht, es passiert, und es gibt einfach aufgrund eines verstärkten Aufkommens und auch, glaube ich, eines gewissen Eindrucks, dass Radfahrer:innen im Moment einfach sehr priorisiert werden, einfach zahlreiches Fehlverhalten. Ich bin selbst Radfahrerin, habe dagegen nichts einzuwenden, auch habe ich mir das gestern noch einmal angeschaut in der Schmiedgasse mit dieser Tempomessung, da waren innerhalb von 10 Minuten genau zwei Personen von ungefähr 35, die sich dort daran gehalten haben, also auch, wenn keine Unfälle passieren, gibt es einen Bedarf, dass, glaube ich, entsprechend auch in der Öffentlichkeit bekannt zu machen. Deswegen meine Zusatzfrage: Wärest du bereit gemeinsam mit Radlobbyisten, da gibt es ja genug Vereine, und Unterstützer:innen auf Maßnahmen zur Bewusstseinsbildung über richtiges und rücksichtsvolles Verhalten zu initiieren und durchzuführen? Das würde auch Kindern und Jugendlichen sehr zugute kommen (*Appl.*).

Bgm.<sup>in</sup>-Stv.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Schwentner**:

Die gibt es laufend, die gibt es auch mit dem Straßenamt, gemeinsam hat es gerade jetzt auch gegeben, solche Maßnahme im Zusammenhang mit der Novellierung der StVO, wo in den Straßenbahnen und Bussen, glaube ich, auch, jetzt bin ich mir nicht ganz sicher, weil ich fahre nicht so oft Bus, muss ich gestehen, eher Straßenbahn, hier die Kampagne gelaufen ist, um die neuen Regeln auch zu kommunizieren, da wird auch sämtliches anderes Regelwerk sozusagen mitkommuniziert, dass man nämlich Rücksicht auf einander nimmt, dass man stehen bleiben muss, da werden sozusagen

Vorrangregeln auch kommuniziert. Das passiert unter anderem natürlich auch mit den Lobbys gemeinsam. Das ist wichtig, das ist auch Aufgabe der Fußgänger:innenbeauftragten. Und eines möchte ich verwehren, dass vielleicht der Eindruck entsteht, weil jetzt seit vielen, vielen Jahre wieder endlich etwas passiert in Bezug auf Infrastruktur, was den Radverkehr anbelangt, und das macht den Eindruck, dass vielleicht jetzt überpriorisiert wird, wir haben die Radoffensive gemeinsam mit dem Land, wir treiben die voran, genauso wird vorangetrieben, eben die Sicherheit der Zufußgehenden, wie gesagt, weil wir immer schauen, dass der öffentliche Raum, der neu verteilt wird, eben zusammen mit der Radoffensive auch die Fußgeher:innensicherheit gewährleistet, und wenn wir schon über die Baustelle reden, dann kann mir niemand nachsagen, wir würden uns nicht um den Ausbau der Öffis kümmern, wir haben die Innenstadtentlastungsstrecke und es ist ein Riesenöffiprojekt, auf das ist sehr stolz bin und deswegen würde ich sagen, wir betreiben alle Mobilitätsarten die im Umweltverbund sind massiv voran (*Appl.*).

***Vorsitzwechsel – Bgm.<sup>in</sup>-Stv.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Schwentner übernimmt den Vorsitz (13.20 Uhr).***

**6.8 Frage 8: „Hundestreife“ Ordnungswache  
(GR<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Schleicher, KFG an Bgm.<sup>in</sup> Kahr, KPÖ)**

GR<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Schleicher:**

Hoher Gemeinderat, liebe Zuseher, sehr geehrte Frau Bürgermeister. In meiner Frage geht es um die Sicherheit rund um die Hundewiesen, dazu wird es heute auch noch einen dringlichen Antrag geben. Am Pfingstwochenende sind ja leider zwei Hunde verendet, die offenbar Giftködern gefressen hatten. Und jeder der ein Tier hat, weiß, was das für ein Albtraum für die ganze Familie bedeutet, wenn man ein Familienmitglied so verliert. Was kann nun die Stadt Graz tun, um solch traurige Geschichten zu verhindern beziehungsweise das Risiko zu minimieren, dass so etwas

wieder passiert? Also im Moment ist es so, bei einem Giftköderrund, dass einmal die Anrainer in der Umgebung informiert werden, sensibilisiert werden und dadurch die Hundehalter eben mit offenen Augen spazieren gehen können. Des Weiteren gibt es in der Ordnungswache eine eigene Tierschutzstreife, die bei Giftköderrunden dann das Gebiet verstärkt bestreifen, um rechtzeitig weitere Köder zu finden, in unseren Augen wäre aber auch ein präventiver Ansatz, das heißt, bevor etwas passiert, sinnvoll und wichtig. Und die Tierschutzstreife sollte generell vermehrt bei den Hundewiesen eingesetzt werden, einmal um das abzusuchen, und zweitens um Präsenz zu zeigen und vielleicht dadurch eine abschreckende Wirkung zu erzielen. Deshalb meiner

### **Frage**

an Sie, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, namens des KFG:

In welchem Umfang werden Sie sich dafür einsetzen, dass die „Hundestreife“ der Ordnungswache aufgestockt wird beziehungsweise vermehrt zum Einsatz kommt, damit die Grazer Hundewiesen regelmäßiger und flächendeckend nach Giftködern abgesucht werden können (*Appl.*)?

#### ***Originaltext der Frage:***

*Am Pfingstweekenende sind zwei Hunde verendet, nachdem sie Giftköder gefressen hatten. Giftköderattacken stellen für ihre Besitzer eine große finanzielle und allem voran psychische Belastung dar, die Tiere verenden oft qualvoll. Es muss daher alles dafür getan werden, Hund und Mensch rasch und so gut es geht vor den Folgen hinterhältiger Giftköderattacken zu schützen.*

*Innerhalb der Ordnungswache gibt es die „Tierschutzstreife“, die bei Giftköderrunden verstärkt zur Bestreifung in den Fundgebieten eingesetzt wird. So ist es wahrscheinlicher, dass weitere Giftköder rechtzeitig gefunden werden.*



*Bei einem Giftköderrund werden im Umkreis des Fundortes Anrainer durch die Stadt Graz informiert, wo und wann ein Giftköder gefunden wurde. Damit sollen Haustierbesitzer sensibilisiert werden, um die Augen offenzuhalten.*

*Aus diesem Grund ergeht an Sie, sehr geehrte Frau Bürgermeister, namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachstehende*

**Anfrage:**

*In welchem Umfang werden Sie sich dafür einsetzen, dass die „Hundestreife“ der Ordnungswache aufgestockt wird beziehungsweise vermehrt zum Einsatz kommt, damit die Grazer Hundewiesen regelmäßiger und flächendeckend nach Giftködern abgesucht werden können?*

**Bgm.<sup>in</sup> Kahr:**

Sehr geehrte Frau Gemeinderätin Schleicher, vielen Dank für Ihre Frage. Es ist auch gut, dass heute noch ein dringlicher Antrag dazu kommt, weil es ja tatsächlich einen eigentlich nur verwundert, und man fragt sich eigentlich, was geht in einem Menschen überhaupt vor, dass man so etwas macht? Das stellt man sich bei vielen Punkten, aber natürlich auch hier. Und das gehört auch zur Sprache gebracht und sensibilisiert. Und wie Sie richtig in der Frage, also im Motivenbericht, gesagt haben, stellt ja die Ordnungswache hier auch spezielle geschulte Mitarbeiter:innen, nicht nur zur Verfügung, sondern diese, und das ist nicht unwichtig, werden ja auch von Diplomtieraerzt Dr. Hejny vom Gesundheitsamt und Veterinärmanagement unterwiesen, um bei Verdacht und sowie bei Anlassfällen in Graz bei den Hundewiesen schwerpunktmäßig nach Giftködern zu suchen. Diese Maßnahmen werden, wie gesagt, anlassbezogen durchgeführt, aber durchaus auch intensiviert bei Verdachtsfällen. Bei den täglichen regulären Bestreifungen der Grazer Hundewiesen wird ebenso auf die Möglichkeit von Giftködern durch die diensthabende Streife der Ordnungswache Graz

mit sehr, sehr viel Umsicht auch geachtet. Eine permanente Streife, und das ist eine Rückmeldung, die ich nicht irgendwie erfunden habe, sondern das ist auch das Ersuchen und die Bitte vom Sicherheitsmanagement, nur und ausschließliche Kontrolle der Hundewiesen auf Giftködern derzeit nicht eingesetzt werden. Es ergeht daher auch die Bitte, und das ist nicht ganz unwichtig, dass Hundebesitzer:innen selbst die Augen offen halten und bei Giftköderfunden sofort die Polizei und natürlich auch die Ordnungswache darüber informieren (*Appl.*).

GR<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Schleicher:**

Danke für die Beantwortung. Also die Hundestreife der Ordnungswache wird nicht aufgestockt werden können. Liegt das an zu wenig Personal?

Bgm.<sup>in</sup> **Kahr:**

Es liegt an sehr, sehr vielen Aufgabenbereichen, die immer mehr sozusagen auch gewünscht werden. Und es ist ja nicht so, wie gesagt, es werden ja die Hundewiesen bestreift, aber man kann nicht sagen, dass sie zu 100 % jetzt nur noch auf das achten können. Das geht einfach nicht, und darum ergeht auch das Ersuchen, ganz dringend noch einmal auch verstärkt darauf zu appellieren, dass die Hundebesitzer selbst, die ja täglich sich dort auch meistens aufhalten, schauen, und auch sofort die Polizei zu informieren. Aber ich würde auch dazu gerne noch etwas dann beim Dringlichkeitsantrag sagen, weil, ich glaube, dass man das viel genauer noch behirnen muss, da gibt es andere Möglichkeiten auch noch, wie man hier sensibilisieren kann, und ich glaube, dazu braucht es ein anderes Format als jetzt nur die eigene Aufstockung der Kollegen und Kolleginnen, weil ja solche Giftköderattacken, das weiß ich auch selbst durch die Verwaltung von Wohnhausanlagen über Wohnen Graz, ja nicht nur in den Hundewiesen passieren, das ist ja auch oft in Privatwohnanlagen, oder wo auch immer. Wie ich schon zu Beginn gesagt habe, ich weiß nicht, warum man eigentlich so einen Hass überhaupt auf Hunde entwickeln kann, dass man sowas tut,

weil dann müsste man das ja fast flächendeckend auf allen Anlagen machen. Und hier, glaube ich, braucht es eine Sensibilisierung, auch bei den Hundebesitzern, die ja täglich unterwegs sind und mehr Informationen dazu brauchen (*Appl.*).

***Vorsitzwechsel – Bgm.<sup>in</sup> Kahr übernimmt den Vorsitz (13.26 Uhr).***

**Bgm.<sup>in</sup> Kahr:**

Es ist genau 13.26 Uhr, deswegen sind wir am Ende der Fragestunde, und wie immer, werden alle anderen Fragen dann schriftlich beantwortet werden.

***Ende Fragestunde: 13.26 Uhr.***